



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 25. Januar 2012  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Petermartin Oschmann**

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr**

**Ende: 18:30 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 37/11, 01/12

(Drucksachenband 164)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0001      Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0002      Bericht aus der Projektgruppe IT

Nach der Beratung der Sitzungsvorlagen

1. 11-V-63-0011                      Einführung Baulastenauskunft online                      und
2. 11-V-51-0067                      Ablösung der Fachanwendung „Betwork“

in der Projektgruppe IT erfolgt die Beschlussfassung unter den vorgenannten Vorlagennummern unter den Punkten 5.1 und 5.2 der heutigen Tagesordnung.

Einstimmig

### 0003      11-V-63-0011

Einführung Baulastenauskunft online

Der Magistrat (Dezernat IV) wird gebeten, bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 01.02.2012 zu berichten, in welcher Höhe

- Kosten für die Prüfphase und
- die Schnittstelle zum Fachverfahren KLIS anfallen

Einstimmig

### 0004      11-V-51-0067

Ablösung der Fachanwendung "Betwork" in der Betreuungsstelle des Amtes für Soziale Arbeit durch CABS "Betreuungsbehörde - BTB"

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Die nachfolgenden Sitzungsvorlagen werden ohne Aussprache abgestimmt (Beschluss Nr. 0005 - 0016).

0005      11-V-52-0021

Platz der Deutschen Einheit - Realisierungsphase - Vergabe von Projektsteuerung und Projektcontrolling, Bereitstellung von Finanzmitteln

gegen Grüne + Linke&Piraten angenommen

0006      11-V-20-0069

Investitionscontrolling 3. Quartal 2011

Einstimmig

0007      11-V-20-0076

Übersicht der durch den Magistrat genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0008      11-V-20-0077

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0009      11-V-20-0083

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden 2010

Einstimmig

0010      11-V-82-0014

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gem. § 6, Absatz 2, 3 EigBG und der sachkundigen Einwohner

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. Januar 2012

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

0011            **11-V-40-0047**

Contracting Johannes-Maaß-Schule; Vorfinanzierung aus dem Grundstücksfonds

Stv. Gerich geht davon aus, dass der Vortrag, der für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung angekündigt ist, auch den Mitgliedern des Revisionsausschusses zur Verfügung gestellt wird.

Einstimmig

0012            **11-V-41-0045**

Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2011

Einstimmig

0013            **11-V-41-0046**

Programm und Finanzierung Internationale Maifestspiele 2012

Einstimmig

0014            **11-V-70-0011**

Wirtschaftsplan 2012/2013 und Mittelfristplanung 2014/2015 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Einstimmig

0016            **11-V-20-0087**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2011

Einstimmig

---

0017            **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses

Einstimmig

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. Januar 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0018 12-F-33-0005

Zinszahlungen für Darlehen  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 17.01.2012 -

Stv. Rottloff begründet den Antrag.

Herr Emmel (Leiter der Kämmerei) kann zu einzelnen Punkten Auskunft geben, wird aber um schriftliche Beantwortung der einzelnen Fragen gebeten:

- zu 1. 7 Ersatzschulen - für 18 Maßnahmen - Fördermittel des Bundes/nicht Land
- zu 2. rd. 100.000 € Zinszahlungen
- zu 3. insg. als Fördermittel 49,3 Mio € - Darlehen 35,26 Mio € - zu tilgen durch LHW 17,6 Mio € - 1,3 Mio € Zinszahlungen für Schulen in kommunaler Trägerschaft

Stv. Dr. Gretz-Roth fragt nach, ob die LHW in 2011 ca. 100.000 € Zinsen für Schulen wie Dr. Obermayer, Waldorf usw. gezahlt hat und ob Beträge in vergleichbarer Höhe auch für die Jahre 2012 und 13 anfallen werden. Sie geht davon aus, dass danach noch 27 Jahre lang weiter Zinszahlungen auf die LHW zukommen, da das Darlehen über 30 Jahre läuft. Sie möchte gern wissen, in welcher Höhe Kosten für die gesamte Laufzeit anfallen, bittet aber um gerundete Beträge, da es nicht auf Nachkommastellen ankommt. Es geht vielmehr um das Investitionsvolumen, wobei die Errechnung der Zinsanteile unterbleiben kann.

Herr Emmel nimmt den zusätzlichen Auftrag mit und wird alle Fragen des Antrages schriftlich beantworten.

Einstimmig

0019 12-F-03-0007

Entscheidung über den zu realisierenden Entwurf Neubau Parkhaus Coulinstraße -  
Aufklärung über das Vorgehen  
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10.01.2012 -

Stv. Hagenmüller begründet den Antrag. Der Drittplatzierte hat den Zuschlag erhalten, was er fachlich nicht begründet findet.

Vors. Oschmann teilt mit, dass man mit dem Antrag ein Problem habe. Es gibt einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der nun umgesetzt würde. Die Kosten der Wirtschaftlichkeitsprüfung seien aus der Sitzungsvorlage nicht erkennbar - das ist auch der Grund dafür, den Antrag hier zu behandeln.

Stv. Maritzen hatte den Revisionsausschuss so verstanden, dass dieser Dinge aus der Vergangenheit beleuchtet. Wenn dies nicht möglich sei, könne der Ausschuss auch aufgelöst werden.

Herr Zenzen (Leiter des Revisionsamtes) stellt klar, dass sich der Ausschuss sehr wohl mit Dingen aus der Vergangenheit beschäftigen könne. Dies sei auch Alltagsgeschäft des Revisionsamtes.

Herr Löber (Revisionsamt) wirft ein, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf der Grundlage einer Sitzungsvorlage gefasst wurde und hält es für legitim, unklare Punkte nachzufragen.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. Januar 2012

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Stv. Gerich merkt an, dass der Ausschuss nicht in der Lage ist, die Fragen in Bezug auf die Sitzungsvorlage zu beantworten, dies könne nur die Fachverwaltung. Man erkenne an, dass Bündnis90/Die Grünen die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung nicht mittragen könne. Es sei auch nicht grundsätzlich verboten, einen solchen Antrag zu stellen. Die Fachverwaltung könne ja schriftlich zu dieser Stellung nehmen.

Herr Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) berichtet, dass der Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung ein Architektenwettbewerb und eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorausgingen. Die Sitzungsvorlage hat alle Punkte dazu offen gelegt und die Stadtverordnetenversammlung hat entsprechend entschieden. Man könne sich z. B. die Renditeerwartungen anschauen (10 - 12 %) - alles Kennzahlen basierend auf Annahmen (z. B. Herstellungskosten).

Zum Antrag selbst berichtet er, dass zu den Punkten 1 und 2 alle Infos vorgelegt wurden, die Beratungsleistungen (Punkt 3) öffentlich ausgeschrieben waren (ca. 5.000 € netto).

Stv. Hagenmüller berichtet, man gehe von unterschiedlichen Renditezahlen aus. Die vom Drittplatzierten ausgerechneten Renditezahlen würden sich noch einmal verschlechtern, wenn sich die Veränderungen, die im Spiel sind, realisiert hätten. Herr Meyer hätte ihnen gegenüber darauf hingewiesen, dass er auf seinen Urheberrechten bestehen würde. Das Büro Meyer gehe auch davon aus, dass Veränderungen auch mit mehr Kosten verbunden seien.

Herr Weber weist darauf hin, dass sich die Renditeerwartungen auch bei allen Bietern durch Veränderungen verschlechtern würden. Außerdem müsse man davon ausgehen, dass dies Jeder behaupten würde, der nicht zum Zug gekommen sei (in Bezug auf die Erhöhung der Kosten).

Stv. Gerich möchte gern verstehen, was sich hinter den Renditefragen verbirgt. Wenn die LHW das Parkhaus nicht selber betreibe, träfe sie die niedrige Rendite doch gar nicht. Was hat also die LHW von der Nachfrage im Antrag? Hätte die LHW dann den Bieter mit der höchsten Renditeannahme nehmen sollen?

Stv. Dr. Gretz-Roth sieht die Zuständigkeit für diesen Antrag eher im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr. Dort sei aber das Verfahren nicht kontrovers diskutiert worden. Man habe sich lange Gedanken gemacht, habe sich die Kennzahlen erläutern lassen und danach habe man die Entscheidung getroffen.

Lt. Stv. Hagenmüller müsse der Bauherr (LHW) auch daran interessiert sein, dass die wirtschaftlichste Lösung zum Tragen komme. Es ginge aber auch darum, dass andere Punkte (weiche Faktoren - Sichtachsen, Anzahl der Parkplätze) von Meyer besser umgesetzt wurden. Man hätte es auch im Ausschuss Planung, Bau und Verkehr zur Sprache bringen können, aber Einiges ist erst im Nachhinein bekannt geworden.

Vors. Oschmann weist noch einmal darauf hin, dass alles vor der Beschlussfassung bekannt gewesen ist. Man wäre sicher nicht falsch informiert worden.

Stv. Rottloff geht davon aus, dass die Verwaltung in dieser Sitzung alles plausibel dargestellt hat. Die Diskussion um die Verwirklichung des neuen Parkhauses ist im Revisionsausschuss nicht richtig angesiedelt.

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. Januar 2012

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Er beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.  
Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Bündnis90/Die Grünen bei Enth. Linke&Piraten angenommen

**0020            12-F-08-0001**

Überlassung der Rhein-Main-Hallen zu Sonderkonditionen  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.01.2012 -

Stv. Göttenauer begründet den Antrag.

Stv. Rottloff weist darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage von 149.000 € Kalkulationskosten die Rede ist. Aber es gäbe bisher noch keine Erkenntnisse über die tatsächlich entstandenen Kosten.

Vors. Oschmann signalisiert, dass der Antrag mit getragen wird.

Auf Antrag von Stv. Gerich wird der Antrag von Linke&Piraten um folgende Frage ergänzt:

„Ist es im Zuge der Verhandlungen zu Mehrkosten gekommen? Wenn ja, für welche Teilbereiche sind diese konkret entstanden und in welcher Höhe?“

Der Antrag wird einschließlich der Ergänzung wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

**0021            12-V-80-6001**

Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Fortgeltung der Wertgrenzen für Vergaben im Rahmen der Sonderinvestitionsprogramme

Auf Nachfrage von Stv. Göttenauer erklärt Herr Rink (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften), dass es vor 2009 deutlich niedrigere Wertgrenzen gab. Danach sei es zu einer Anhebung gekommen. Der jetzige Erlass ist seit 1 Jahr gültig. In den einzelnen Bundesländern und beim Bund selber gibt es ganz verschiedene Vorschriften.

Der Probelauf dauert bis 2013 - was danach geschieht, kann man im Moment nicht genau einschätzen.

Enth. Linke&Piraten

**0022            11-V-41-0044**

Unterbringung der Zentral- und der Musikbibliothek und des Medienzentrums in der Mauritiusgalerie

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Herr Funk (Kulturamt) berichtet auf Nachfrage, dass die zusätzlichen GMK-Kosten i. H. v. 39.000 € auf Kostenschätzungen von WIVERTIS beruhen. Es sei nicht nur der Umzug zu sehen, sondern eine komplette Neukonzeption mit technischem Anspruch.

Man benötige auch zusätzliche Internetzugänge, eine elektronische Zeiterfassung, WLAN-Kosten u. a. kämen dazu.

Ob das Medienzentrum auch in die Mauritiusgalerie zieht, ist noch nicht abschließend geklärt, der Vorstand hat sich mit dem Thema noch nicht befasst - die nächste Vorstandssitzung findet in 2 Wochen statt.

Als Vorteil sieht er die Zugänglichkeit und auch die Anfahrt zur Mauritiusgalerie.

Die Mietzahlung, die auf die LHW zukommt, ist in der Sitzungsvorlage genannt (8.500 € mtl.) Man sei auch im Gespräch mit der WIM. Nach Fertigstellung der Räume könnten auch von der Seite Forderungen kommen. Im Moment seien aber auf Bitte des Kulturamtes die Ausbauten gestoppt worden, wodurch sich die Kosten momentan minimierten.

Ob man sich mit der WIM einigen könne, sei im Moment nicht genau zu sagen. Die WIM müsse wirtschaftlich arbeiten - man sei aber zuversichtlich.

Die SEG habe das Architekturbüro beauftragt - man rechne mit dem Umzug in der 1. Jahreshälfte 2013.

Stv. Gerich ist dankbar für die Nachfragen von Stv. Göttenauer. Wenn es zu Nachforderungen der WIM käme, wäre das zwar nicht nett, aber auch nicht vermeidbar. Vielleicht könne man aber durch Gespräche auf der Verwaltungsebene noch etwas erreichen - es handelt sich ja um eine städtische Tochter.

Priorität hätten jetzt der Umzug und die Konzentration auf einen Standort

Einstimmig

## 23 Verschiedenes

1. Vors. Oschmann weist darauf hin, dass 2 Sitzungsvorlagen (11-V-11-4002 - „Sicherung von Ausbildungsplätzen“ und 11-V-34-0004 - „Umwandlung des Zuschussbetrages an den Tierschutzverein“), die eigentlich im Revisionsausschuss hätte behandelt werden sollen, erst am 24.01.2012 im Magistrat beraten wurden.

Diese Sitzungsvorlagen werden jetzt ausschließlich im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beraten.

2. Am 24.01.2012 ist im Magistrat außerdem ein Bericht zum Antrag von Linke&Piraten „Forderungsmanagement für die Dr. Horst Schmidt Kliniken“ beschlossen worden, der ebenfalls nicht zur Beratung in der heutigen Sitzung vorgesehen werden
3. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird gebeten, die von Stv. Franz in der September-Sitzung des Ausschusses gestellte Frage zur Halbjahresbilanz der HSK kurz schriftlich zu beantworten. Es sollte Auskunft darüber gegeben werden, warum die Hälfte der Bilanzsumme als Sonderposten gekennzeichnet war und was damit konkret gemeint ist.

Einstimmig



Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. Januar 2012

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Anlagen

Wiesbaden, .02.2012

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weit. Schriftführerin**

Oschmann

Kienast-Dittrich

Koba